PRESSEMITTEILUNG

MEDIENTAGE München 2026 vom 21. bis 23. Oktober
Europäische Medienförderung

Medienvielfalt, Medienkompetenz, Medienförderung: Was einen gesunden Informationsraum ausmacht

München, 23.10.2026 – Ein gesunder Informationsraum ist Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Doch was braucht es, damit ein Informationsraum als gesund gelten kann? Medienvielfalt mit starken und politisch unabhängigen öffentlich-rechtlichen sowie privatwirtschaftlichen Medien, freien Zugang zu verlässlichen Informationen und eine medienkompetente Bevölkerung. So lautete die Antwort einer Diskussionsrunde mit Medienforscherin Prof. Dr. Alexandra Borchardt, Christian Mangold, Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikation im Europäischen Parlament, und Maria Exner, Intendantin von Publix, einem Berliner Zentrum für gemeinwohlorientierten Journalismus, Medienvielfalt und die Stärkung der Zivilgesellschaft, im Rahmen der MEDIENTAGE München.

Christian Mangold nannte den Vertrauensverlust und einen mangelhaften Zugang zu verlässlichen Qualitätsinhalten als eine Bedrohung für den Informationsraum: „Das macht uns verwundbar gegenüber Akteuren von außen“, gab er zu bedenken. Moderator Jan Diesteldorf, Brüssel-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, unterstützte diese These mit einem Zitat von Kanzler Friedrich Merz. Merz bezeichne den Einfluss von Russland auf unsere Gesellschaft aktuell als seine größte Sorge. Solche Autokratien setzten dem Demokratiemodell ein Stabilitäts- und Wohlstandsnarrativ entgegen und investierten dafür massiv in Kommunikation, auch in Europa, lautete Mangolds Beobachtung.

Warum Vertrauen verloren geht

Das Narrativ des Vertrauensverlusts sei selbst Teil des Problems, erläuterte Alexandra Borchardt. Sie hielt dagegen, dass das Bild vom allgemeinen Vertrauensverlust nicht stimme. Öffentlich-rechtliche Angebote würden weiterhin die höchsten Vertrauenswerte genießen, auch bei jungen Zielgruppen. Das Medienvertrauen in Deutschland liege stabil bei rund 46 Prozent. „Es ist kein Zufall, dass die Öffentlich-Rechtlichen im Zentrum der Angriffe sind“, sagte Borchardt. Sie deutete das als Beleg dafür, dass Gegner eines freien Mediensystems genau diese vertrauenswürdigen Institutionen mit ihren Angriffen treffen wollten. Zusätzlich sei aber auch ein starkes privatwirtschaftliches Mediensystem wichtig, denn Beispiele wie Ungarn, Slowakei und Polen zeigten, wie schnell aus öffentlich-rechtlichen Medien Staatsmedien gemacht werden könnten.

Maria Exner kritisierte, dass Deutschland beim staatlichen Erkennen und Kommunizieren von Desinformation Schlusslicht in Europa sei. Merz' Sorge vor Russland sei folgenlos, solange weder Geld investiert werde noch Ressortkoordination stattfinde. Außerdem erinnerte sie daran, dass Medien und Politik auch selbst noch mehr für das Vertrauen in die Medien tun könnten.

Medien.Bayern GmbH · Balanstraße 73 / Haus 11 · 81541 München · Tel. +49 89/6 89 99 – 0 · Fax +49 89/6 89 99 – 199
presse@medientage.de · www.medientage.de

Die Publix-Intendantin forderte dazu auf, die Rezipient:innen stärker einzubinden. „Man kann das Publikum bei Recherchen beteiligen, wie das etwa Correctiv macht. Wenn die Menschen sehen, wie Recherchen entstehen, steigert das die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse." Auch bei Social Media oder bei Mediathemen sollten ihrer Ansicht nach Redaktionen stärker den Dialog nutzen, statt in erster Linie Community-Management zu betreiben.

Warum ein „Regenschirm" nicht ausreicht

Mangold betonte, die vergangene Legislatur habe mit Digital Services Act (DSA), Anti-SLAPP-Richtlinie und AI Act einen „Regenschirm" an rechtlichen Rahmenbedingungen gespannt. Das Problem sei die Umsetzung, bei der Mitgliedstaaten Fristen nicht einhielten und das Parlament Druck mache. Als Nächstes würden der Digital Fairness Act und eine KI-Copyright-Initiative folgen. Exner und Borchardt bemängelten allerdings, dass die Umsetzung zu schwach sei und beispielsweise der DSA-Forschungszugang von Plattformen verweigert werde und die Strafe gegen die Plattform X im Verhältnis zu den Konzerngewinnen sehr gering ausgefallen sei.

Ein weiteres Thema der Diskussionsrunde war die Medienförderung. Exner sprach sich dafür aus, Medien und Journalismus als öffentliches Gut wie Energie oder Landwirtschaft anzusehen, sonst würden Medien in den Haushaltsverhandlungen auf der „Nice-to-have"-Streichliste landen. Mangold schilderte, dass aktuell die EU-Fördergelder erhöht würden, mit voraussichtlich acht Milliarden Euro aber trotzdem nur bei etwa 0,43 Prozent des Gesamthaushalts liegen würden. (Die Verhandlungen zum EU-Haushalt laufen noch und müssen bis Mitte November abgeschlossen sein.)

Warum EU-Förderung so schwierig ist

Einig war sich die Diskussionsrunde darüber, dass der Zugang zu Fördergeldern vereinfacht werden sollte. Aktuell seien Anträge sehr aufwendig, schilderte Maria Exner. Erfolgreich seien internationale Konsortien mit hohen Eigenmitteln. Alexandra Borchardt warnte vor Einmischung bei der Förderung einzelner Häuser und plädierte für Infrastrukturförderung etwa in Forschung, IT, KI, Cyber-Sicherheit oder für die Ausbildung von Journalist:innen. „Medien als öffentliches Gut zu betrachten, heißt nicht, dass es keinen Markt geben soll. Publikumsfinanzierung bleibt der beste Qualitätsbeweis", sagte die Journalistin und Beraterin. Das skandinavische Modell zeige, dass strukturelle Förderung Pressefreiheit nicht gefährde.